



EVP Basel-Stadt: 2x Nein zu den kantonalen Vorlagen, Ja zu den AHV-Vorlagen

Die EVP Basel-Stadt durfte an ihrer Mitgliederversammlung die Präsidentin der EVP Schweiz, Nationalrätin Liliane Studer begrüßen, welche zu den AHV-Vorlagen referierte. Die Versammlung lehnte beide kantonalen Vorlagen ab. Zu den AHV-Vorlagen sagte sie ja, die Massentierhaltungsinitiative wurde nach einer differenzierten Diskussion abgelehnt.

EVP-Nationalrätin und Präsidentin der EVP Schweiz **Lilian Studer** stellte die Vorlagen zur AHV vor, **SP-Nationalrätin Sarah Wyss** vertrat die Gegenposition. In der Diskussion unterstützten viele Mitglieder die Sicht Studers, dass Fragen zur AHV und zum BVG bei der Diskussion zu den AHV-Vorlagen nicht vermischt werden sollen und ein Schritt zur Stabilisierung notwendig sei. Zudem seien die notwendigen Abfederungsschritte im Zusammenhang mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen sorgfältig ausgestaltet. Entsprechend beschloss die Versammlung klar die **JA-Parole**.

Christine Kaufmann, EVP, stellte die eidgenössische Initiative zur Massentierhaltung vor und legte die Argumente beider Seiten da. In ihren Ausführungen wie auch in der Diskussion wurde deutlich, dass das Anliegen der Initiative in der EVP viel Sympathie erhält. Zugleich enthält die Initiative aber schwierig umzusetzende Forderungen. Ausserdem teilten die Anwesenden die Sicht Kaufmanns, dass es speziell wäre, als Referenz Kriterien einer privaten Label-Organisation in die Verfassung aufzunehmen. Die Versammlung beschloss die **NEIN-Parole**.

Intensiv diskutiert wurde das teilrevidierte Gesetz zu den Freizeitgärten. **EVP-Grossrat Christoph Hochuli** hatte die befürwortenden Argumente vorgestellt, **Dora Borer** vom **Verein «Hände weg von unseren Gärten»** vertrat die Gegner des Gesetzes. Die Anwesenden sahen die positiven Aspekte der Teilrevision, teilten mehrheitlich aber auch die Skepsis gegenüber manchen Änderungen und beschlossen daher die **NEIN-Parole**.

Pascal Messerli, Grossrat SVP, stellte die kantonale Volksinitiative "Abschaffung des Präsidentsdepartements und Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Regierungsrats von 7 auf 5 Mitglieder" vor. Diese biete die Gelegenheit, die Organisation der Regierung und Verwaltung grundlegend anzuschauen und zu verbessern. **Daniel Albietz, Grossrat Die Mitte**, hielt

entgegen, dass die Initiative zu ungenau formuliert und nicht einheitlich genug sei. Die
Versammlung folgte seinen Argumenten und sprach sich für die **NEIN-Parole** aus.

Zur eidgenössischen Vorlage über die **Verrechnungssteuer** wird der Kantonalvorstand zu
einem späteren Zeitpunkt die Parole fassen.

EVP Basel-Stadt

27.08.2022 / 2606 Zeichen

Ansprechperson:
Brigitte Gysin
www.evp-bs.ch

Tel. 077 417 41 02
brigitte.gysin@evp-bs.ch